

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M. einschließlich Post- und Frachtkosten, per Viertel für Deutschland und Österreich 20,- M., für den Rest der Welt 24,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Fernsprechkosten. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Fernsprechkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belände 3,00 M. netto pro Zeile. Berlin-Schöneberg in Monats-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreich will direkt verhandeln

Keine Vorbehalte mehr!

In den letzten Tagen hat das Kabinett über die Berggutmachungsfrage verhandelt und unter dem Druck der außerordentlichen Gefahren, die Deutschland bedrohen, hat man sich entschlossen, endlich aus der Passivität herauszutreten und ein neues Angebot zu machen. Wir wollen in der gegenwärtigen außerordentlich kritischen Situation darauf verzichten, auf die wirklichen oder angeblichen Differenzen innerhalb des Kabinetts einzugehen, nachdem festzu stehen scheint, daß die Regierung sich der ungeheuren Verantwortlichkeit bewußt geworden und weder eine nationale Katastrophe noch eine resignierte und unzeitige Verzweiflungspolitik verfolgen will. Das Entscheidende ist, daß die Regierung jetzt richtig vorgeht. Dazu ist zweierlei notwendig: Der Inhalt des Angebots muß so beschaffen sein, daß es als Verhandlungsvorlage auch von Frankreich akzeptiert werden kann. Man muß sich da von allen Illusionen freimachen und in dem Bewußtsein handeln, daß wir unter einem ungeheuren Zwang handeln und sehr große Opfer bringen müssen. Uns bleibt nur die Wahl zwischen einem sehr großen und dem noch größeren Uebel, das die wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmahnahmen der Entente über Deutschland bringen würden.

Die zweite und vielleicht nicht weniger wichtige Notwendigkeit ist, daß diesmal nicht unpsychologisch und nicht technisch ungeschickt verfahren wird. Wir haben schon gestern gesagt, daß die Idee, eine neutrale oder eine amerikanische Vermittlung anzurufen, in der gegenwärtigen Situation nicht zum Ziele führen dürfte. Unterdessen liegen die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten vor, der eine Vermittlung ablehnt und direkte Verhandlungen fordert. Wir glauben, daß dieser Weg offen und allein derjenige ist, der zum Ziele führen kann. Ueberhaupt muß das deutsche Verfahren völlig klar und einfach sein. Jedes komplizierte Vorgehen, jeder Versuch von Vorbehalten, kann in dieser äußerst schwierigen Situation alles verderben. Das darf nicht geschehen! Ein letzter Rettungsversuch muß gemacht werden, und muß schnell und offen gemacht werden!

Bermittler werden nicht angenommen

Paris, 16. April.

Nach der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand: Meine Zusammenkunft mit dem US-Botschafter hat dazu gedient, unsere auswärtige Lage zu erwidern. Ich habe so klar wie möglich Auskunft gegeben, aber nur in dem Maße, wie meine Rolle als Unterhändler mit das gestattet. Auf die Frage, was er mit den Ausdrücken „die Hand an den Kragen legen“ oder „einen Genaranten zu entsenden, der den Gerichtsvollzieher begleitet“, gemeint habe, antwortete Briand nach dem „Matin“, er habe die Stärke seiner Ausdrücke nicht verhindern, er habe zu verstehen geben wollen, daß es sein fester Wille sei, neue Zwangsmahnahmen anzuwenden, falls Deutschland dabei verharren sollte, sich der Ausführung seiner Verpflichtungen zu entziehen. Der Ministerpräsident habe hinzugefügt: die deutsche Koalierung wird vielleicht neue Vorschläge machen. Zudem ist meine volle und ganze Freiheit als Unterhändler bewahrt, und im Einzelnen habe ich mit unseren Alliierten erklärt, daß ich mich nicht mit illusorischen Versprechungen begnügen und daß ich mich nicht auf diskretionäre Verhandlungen einlassen werde. Frankreich ist entschlossen, positive, garantierte und mit Sicherheit zu erzielende Lösungen zu erzielen. Ich bin über diesen Gegenstand mit den Alliierten in Unterhandlungen einsetzten und habe die feste Hoffnung, mich mit allen Alliierten im Einverständnis zu befinden.

Auf die drei Beratungen des gestrigen Tages zurückkommend, erklärte Briand, falls die deutsche Regierung sich weiter ihren Verpflichtungen entziehen würde, seien alle erforderlichen Mahnahmen ins Auge gefaßt worden. Lloyd George habe im Unterhaus nicht anders sprechen können, denn ein Abkommen über die Zwangsmahnahmen hätte noch nicht getroffen werden können, da ja Frankreich selbst noch nichts beschlossen habe. Briand erklärte weiter, daß er keine Vermittler annehme, er wolle von den offiziellen Vertretern Deutschlands direkt Vorschläge hören. Er werde nicht verhandeln und lasse sich einmal den Grundsatzen einer Verhandlung zu, wenn diese Vorschläge nicht durch Pfänder und Garantien belegt werden.

Oberschlesien soll geteilt werden

Paris, 16. April.

In der gestrigen Sitzung des auswärtigen Kammerausschusses erklärte Ministerpräsident Briand auf eine Anfrage seit den Zepellin, der angeblich Oberschlesien überfliegen habe, daß ihm über die Angelegenheit nichts bekannt sei. Er wurde jedoch durch diese Anfrage veranlaßt, sich über die Folgen der Vorkämpfe in Oberschlesien auszusprechen. Er gab an, daß der Vertrag von Versailles wie auch der zum Ausdruck gekommene Wille der

Bevölkerung das Recht gebe, eine Teilung des Abstammungsgebietes vorzunehmen, und zwar in der Art, daß man Polen die Gruben und die industriellen Bezirke zuteile und Deutschland die landwirtschaftliche Zone.

Beratungen über die Zwangsmahnahmen

Paris, 16. April.

Wie der „Matin“ mitteilt, haben gestern außer der am Vormittag im Elisee abgehaltenen Besprechung am Nachmittag noch zwei Sitzungen stattgefunden, die eine im Ministerium für öffentliche Arbeiten, an der die Minister Le Troquer und Poincaré, die beiden Generale Degoutte und Beggand, sowie die wirtschaftliche Sachverständige Serdouz teilnahmen. Die zweite fand am Abend mit denselben Personen im Elisee statt. Alle diese Beratungen sollen der Befestigung des Ruhrgebietes und dem Plan gegolten haben, dieses Gebiet eventuell wirtschaftlich, finanziell und administrativ auszubilden. Der „Matin“ macht übrigens darauf aufmerksam, daß, falls es zu einem Konflikt kommen sollte, die Befestigung nicht am 1. Mai, sondern wohl etwas später erfolgen werde. Das Blatt sagt, nach Ansicht, die es erhalten habe, werde die Zustimmung Deutschlands zum Abkommen von Paris, das verfallen sei, nicht mehr genügen. Die einzige Befriedigung, die neue Zwangsmahnahmen verhindern könne, sei, daß Deutschland, nachdem es die eine Milliarde Gold, die es besitzt, hergegeben habe, für die es anderen fehlenden Milliarden Zahlungen in Waren, in Gold oder in Industriebeteiligungen, sowie eine ernste Garantie, wie z. B. die Kontrolle über sämtliche Zolleinnahmen, leiste. Geschiehe dies nicht, dann würden die Alliierten handeln.

Verzicht auf den Generalstreik

Die Vorgänge im Unterhaus

Aus der gestrigen Sitzung des Unterhauses wird noch berichtet, daß es außerordentlich bewegt zuging. Sofort nach Beginn der Sitzung fragte Asquith, ob die Regierung irgendeine Erklärung abgegeben habe. Chamberlain teilte mit, daß Lloyd George vorgestern nachts den Generalsekretär der Bergarbeiter Hodges und seine Kollegen in das Handelsamt zu einer Besprechung mit den Bergwerksbesitzern geladen habe. Während jedoch die Regierungsvertreter und die Unternehmer sich einfinden, seien die Bergarbeiter ohne Entschuldigung ferngeblieben. Chamberlain forderte dann, die Beratungen im Unterhaus zu vertagen, um abzuwarten, ob nicht eine Mitteilung der Bergarbeiter eintrösten werde. Nachmittags um 3 1/2 Uhr wurde dann eine zweite Sitzung abgehalten. Lloyd George erklärte, daß er von der Gewerkschaft der Bergarbeiter die Mitteilung erhalten habe, eine provisorische Regelung der Lohnfrage, wie sie die Regierung vorgeschlagen habe, sei unannehmbar. Die Gewerkschaft fordert eine Regelung für ganz Großbritannien. Gleichzeitige müssen die Gewinne aller Gruben in eine gemeinsame Kasse fließen, um auf die Bergarbeiter des ganzen Landes verteilt zu werden. Lloyd George erklärte, einer solchen Bezahlung sämtlicher Bergarbeiter im Lande könnte die Regierung zustimmen, sie müsse aber eine Verschmelzung der Gewinne für das ganze Land ablehnen, weil dies die Wiederherstellung der Staatkontrolle zur Folge haben würde, und in diesem Punkte nachzugeben, wäre unmöglich. Er bedauerte den Beschluß der Bergarbeiter, zumal die Ausführungen Frank Hodges gewisse Hoffnungen in den Bereich der Möglichkeit gerückt hätten. Als gerade der Arbeiterführer Clane den Verdacht ausdrückte, daß Lloyd George und Chamberlain die Abwokataten der Grubenbesitzer seien, betrat das Mitglied des Unterhauses Stanley Wilson den Saal und teilte mit, daß die Gewerkschaften auf den Streik verzichten. Die Nachricht erregte große Begeisterung im ganzen Hause. Der „Daily Herald“ erhebt heute heftige Anklage gegen die Gewerkschaftsführer, die ihre Kameraden im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen hätten.

Die Transportarbeiter und die Eisenbahner sind, wie weiter mitgeteilt wird, entschlossen, nicht in den Streik zu treten, da die Vertreter der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter für heute vormittag zu einer Konferenz im Handelsamt eingeladen hatte, indes seien die Vertreter der Bergarbeiter nicht erschienen.

Die Bergarbeiter verhandeln nicht

London, 15. April.

Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß Lloyd George die Vertreter der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter für heute vormittag zu einer Konferenz im Handelsamt eingeladen hatte, indes seien die Vertreter der Bergarbeiter nicht erschienen.

Kommunistenkurde in Italien. Acht ungarische Kommunisten, unter ihnen die Gattin Bela Khuns, sind aus Italien ausgewiesen worden.

Paul Levi ausgeschlossen!

„Die Toten reiten schnell!“

Der frühere Vorsitzende der kommunistischen Partei, Paul Levi, ist, wie an der Spitze der „Roten Fahne“ heute mitgeteilt wird, von der Zentrale „wegen groben Vertrauensbruches und schwerer Parteischädigung“ aus der Partei ausgeschlossen und aufgefordert worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Zur Begründung dieses aufsehenerregenden Schritts, der in der politischen Parteigeschichte wohl einzig dasteht, veröffentlicht die famose Zentrale eine lange Erklärung, in der sein länderlich alle Verbrechen des „Verräters“ Paul Levi aufgezählt werden. Es verlohnt sich nicht, auf die Einzelheiten dieser Erklärung einzugehen, in der ebenso wie in allen Schreibern der „Roten Fahne“ das Bestreben hervortritt, jede unbedeutende Kritik aus den eigenen Reihen mit dem Hinweis auf die „weiße Justiz“ zu unterbinden und abzuwürgen. Dieselben Bursten, die die Arbeiterfront in die Fangarme der „weißen Justiz“ hineingeht haben, verstecken sich jetzt, wo Rechenschaft von ihnen gefordert wird, hinter den Wall der Opfer, den sie selber aufgeführt haben. Diese Methode ist ebenso feige wie strupplos, denn sie läuft in ihren Auswirkungen darauf hinaus, daß eine Clique gewissenloser Putschisten, die im sicheren Hinterhalt sitzen, auch gegenüber den eigenen Parteigenossen von jeder Verantwortung entbunden wird.

Paul Levi schrieb in der Einleitung zu seiner Broschüre: „Das unerantwortliche Spiel, das mit der Existenz einer Partei, mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, muß zu Ende gebracht werden. Es muß durch den Willen der Mitglieder beendet werden, wo die Verantwortlichen auch heute noch nicht sehen wollen, was sie getan haben. Die Partei darf nicht geschlossenen Augen an Anarchismus bakuninischer Farbe hineingezerrt werden.“

Das waren die Motive, die Paul Levi zu seinem Vorgehen veranlaßten. Die Sorge um die Existenz der Partei und das Leben und Schicksal ihrer Mitglieder, die Hoffnung, aus den Trümmern der Partei zu retten, was noch zu retten ist, veranlaßten Paul Levi, den „Verantwortlichen“ die Maske vom Gesicht zu reißen und die tiefen Wunden aufzudecken, an denen die kommunistische Bewegung krankt.

Die „Verantwortlichen“ haben diesen Kampf um die Selbstbehauptung der Partei als einen Kampf gegen ihre geheiligte Autorität und die von ihnen verkündete „eiserne Disziplin“ angesehen und den Ankläger mit Schimpf und Schande aus der Partei gejagt. Der verrückte Thalheimer, der noch vor kurzem mit Levi durch und dünn ging, liefert zu dieser tapferen Tat die begleitende Kagenmusik, indem er zur Rechtfertigung des Ausschusses von Levi den wunderbaren Satz aufstellt, daß „die Befreiung der Arbeiterklasse des Westens von ihrer eigenen Vergangenheit“ sich „in der Befreiung von ihrer alten Führerschaft“ vollziehe. Dieses funktelnagelne Rezept ist ungeheuer trübselig für die politischen Säuglinge vom Schlage eines Stöcker oder Schölem, es dürfte aber sehr bald dem Thalheimer selbst unbedeutend werden, der das Pech hat, nicht erst in den allerletzten paar Jahren zum Sozialismus gekommen zu sein. Und was gedenkt die kommunistische Zentrale gegen Clara Zetkin zu unternehmen, die nicht nur zu der „alten Führerschaft“ gehört, sondern die auch in ihrer Resolution auf dem Parteiauswahl an der putschistischen Zentrale nicht minder stark Kritik geübt hat wie Paul Levi? Sollte die Zentrale bei ihrem „Säuberungsprozeß“ nicht auch die Pflicht haben, dem Rufe jener Parteiauswahlmitglieder nachzukommen, die, als Clara Zetkin Sitte aus den Neben Dittmanns auf dem Halleischen Parteitag verlas und erklärte, es sei so gekommen, wie Dittmann vorausgesehen hatte, ihr kühnlich ausriefen, sie möge doch zurückgehen zur U. S. W.

Und schließlich noch eins: Wie das frühere Mitglied der Rätezentrale, Paul Wegmann, im „Rufrecho“ mitteilt, würde der rücksichtslose Ausschluß aller jener Kommunisten, die offene Sabotage oder Disziplinbruch bei der letzten Aktion begangen haben, dahin führen, daß man „ganze Bezirke aus der Partei ausschließen müßte“. Wegmann teilt ferner mit, daß den letzten Wahrgesungen in der kommunistischen Partei, die sich übrigens auch auf die „Selben“ der Rätezentrale Richard Müller, Fritz Wolf usw. erstreckten, eine starke persönliche Note zugrunde liege, die sich unter anderem auch darin äußerte, daß auf der letzten Groß-Berliner Funktionärerversammlung eine Resolution eingebracht wurde, daß Levi, Däumig usw. als „Menschgewissen“ unter allen Umständen aus der Partei herausgeworfen werden müßten! Wegmann schreibt dazu:

„Die seit langem tätige Clique gegen die sogenannten Rechten greift zu den verwerflichsten Mitteln, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Gewinnt sie die Oberhand in der Partei, so wird aus der U. S. W., die zwar ihren Namen behalten wird, eine K. U. P. D., die zum Zusammenbruch der deutschen Revolution und zur Destruktion der Weltrevolution führen wird.“

Was Wegmann hier als Möglichkeit ins Auge faßt, ist bereits Wirklichkeit geworden. Levi und die Leviten werden aus der Partei hinausgeworfen, die „Abolition“ väter des deutschen Volkshewismus, Däumig, Müller usw.,

werden als „Menschewisten“ verdammt, und die Leitung der R. A. P. D. ist tatsächlich übergegangen in die Hände der R. A. P. D., die mit Sozialismus oder Kommunismus nicht das geringste gemein hat.

Wie lange wollen sich die noch zur R. A. P. D. gehörenden Proletarier dieses verwerflichen Spiel mit ihrem Schicksal und ihrer Existenz, diese Ausnutzung ihrer revolutionären Gesinnung für die Ziele einer ebenso sinnlosen wie verbrecherischen Putzerei gefallen lassen? Wie lange wollen sie noch untätig zusehen, daß die vor kurzem einheitliche und starke revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zu einem Spielball in den Händen gewissenloser Abenteuer und verantwortlicher Moskauer Agenten geworden ist?

Die Immunität der Abgeordneten

Freitag mittag wurde in einem Cafe am Potsdamer Platz der kommunistische Landtagsabgeordnete Schneider aus Hagen in Westfalen von einer Patrouille der Schutzpolizei verhaftet. Gegen den Abgeordneten Schneider soll ein Haftbefehl der Hagener Polizeibehörde vorliegen, da Schneider verdächtig sei, an dem kommunistischen Putsch im Ruhrgebiet beteiligt gewesen zu sein. Schneider wurde später wieder freigelassen, aber seine Verhaftung bleibt ein unerhörtes polizeiliches Uebergriff, denn Schneider genießt als Abgeordneter die Immunität, und kein Polizeileutnant ist befugt, diese außer Kraft zu setzen. Es liegt hier ein grober Amtsmißbrauch vor, gegen den sich alle Parteien wenden müßten.

Im Geschäftsordnungsansatz des Landtages wird heute der Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Inhaftnahme des Abgeordneten Schölem, des verantwortlichen Redakteurs der „Roten Fahne“, wegen Hochverrats verhandelt. Es besteht die Möglichkeit, daß dieser Antrag im Plenum des Abgeordnetenhauses angenommen wird. Wir sind von dem kommunistischen Putsch und seinen Drahtziehern weit abgerückt. Das wird uns aber nicht veranlassen, für den Antrag des Justizministers zu stimmen, weil wir in allen Fällen für die Wahrung der Immunität eintreten, ganz gleich, um welchen Abgeordneten es sich hierbei handelt. Die Immunität ist für uns eine prinzipielle Frage. Ausnahmefälle dürfen nie zugelassen werden, weil sonst die Immunität zu einem Spielzeug der jeweiligen Machthaber gemacht wird. Da Herr Schölem außerdem wegen Hochverrats angeklagt ist, liegt lediglich ein politisches Vergehen vor, das erst recht keine Veranlassung dazu geben kann, die Immunität außer Kraft zu setzen.

Herr Weißmann amtsmilde

Im Preussischen Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung stehen erhebliche Änderungen bevor. Das Staatskommissariat hat sich mit der Zeit eine Selbständigkeit angeeignet, die es jeder geordneten Preussischen Regierung unumgänglich macht, weiterhin die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Rechtsparteien, die selbstverständlich ihre helle Freude an dieser Entmündigung haben, versuchen sie nach besten Kräften zu fördern, und liefern der Deutschen Volkspartei das Preussische Ministerium des Innern in die Hände fallen sollte, so wird sie das Staatskommissariat zu einer Stelle für politische Spionage ersten Ranges ausbauen, zu der Hauptaktionsstelle gegen jede sozialistische Bewegung. Bleibt aber das Ministerium des Innern unter der Aufsicht des preussischen Ministers Severing, so wird man von diesem die sofortige Beseitigung der Selbständigkeit des Staatskommissariats, die Eingliederung dieser Behörde in den üblichen Polizeiparat des Ministeriums des Innern, fordern müssen. Diese Entwicklung ist Herrn Weißmann, der nach politischen Ehren strebt, offenbar wenig sympathisch, und er läßt deshalb vorsichtig seinen Rücktritt antündigen. Wir werden ihm seine Träne nachweinen.

Das Versagen der deutschen Justiz

Unser Genosse Kunert hat am 11. April an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, was sie angesichts des Versagens der deutschen Justiz im Kessel-Marxloh-Prozess zu tun gedenke. Der Marxlohmord in der Französischen Straße, eines der größten Verbrechen der Gegenwart, ist ungesühnt geblieben. Kessel und Marxloh sind freigesprochen worden, obwohl ihre Schuld nach dem Verlauf der Verhandlungen für die

Neues über Wind und Wetter

Von Regierungsrat Dr. Felsch

Ueber den Ursprung von Wind und Wetter sind sich die Gelehrten noch immer nicht einig geworden. Während die einen lediglich die ungleichmäßige Erwärmung der Luft durch die Sonnenstrahlen in den verschiedenen Gegenden der Erde als Ursache der Luftbewegungen gelten lassen wollen, obgleich die ungeheure Gewalt der Stürme sich nur schwer auf diesem Wege erklären läßt, glauben die anderen an den Einfluß kosmischer Kräfte, vor allem der Schwerkraft von Mond und Sonne, auf das Wetter. Für diese Auffassung spricht auch die merkwürdige Verbindung, in der alle geophysikalischen Kräfte — Wirbelstürme, Erdbeben, Vulkanausbrüche, magnetische Stürme und Nordlichter — miteinander zu stehen scheinen; finden wir doch schon auf allen Barometern als höchste Steigerung des schlechten Wetters hinter dem „Sturm“ noch das „Erdbeben“ bezeichnet. Die bisher geltende Newtonsche Auffassung der Schwere als einer unvermittelt und widerstandslos durch alle Massen wirkenden Fernkraft gab aber wegen ihrer Inhaltslosigkeit dem Forscher keine Handhabe zur Erklärung des Wetters.

In neuerer Zeit ist jedoch das Ansehen der Newtonschen Himmelsmechanik sehr erschüttert worden, und die Physiker neigen mehr und mehr dazu, in der Schwerkraft eine Auswirkung des elektromagnetischen Kraftfeldes oder eines Wirbelfeldes im Äther zu erklären. An diese Gedankengänge anknüpfend, habe ich im Anschluß an die von mir vertretene Schwerkrafttheorie (das Buch unter diesem Titel ist bei Hecker in Woffenbüttel erschienen) die tägliche Doppelschwingung des Barometers, die vor allem in den Tropen sehr regelmäßig verläuft, als eine Wirkung der sich fortwährend ineinander verdringenden Schwerkraftfelder von Sonne und Erde aufgefaßt.

Wir merken auf der Erde von einer Schwerkraftwirkung der Sonne nichts, weil die Erde eine Kreisbahn um die Sonne beschreibt und die bei dieser Kreisbewegung auftretende Zentrifugalkraft die Sonnenschwerkraft genau aufhebt. Die Erde steht daher fortgesetzt unter dem Einfluß zweier entgegengesetzter gleicher Zugkräfte. Nach der alten Theorie Newtons sollten diese Kräfte zeitlich widerstandslos durch den Erdkörper hindurchwirken, so daß in jedem Punkte Gleichgewicht vorhanden wäre. Nach der neuen Auffassung verhalten die beiden Gegenkräfte nun den Erdkörper in eine elastische Spannung, ähnlich wie wir sie auch in magnetischen Kraftfeldern beobachten können. Der Erdkörper wird also in Richtung zur Sonne elastisch gespannt; senkrecht dazu muß dann die Querkontraktion ihn zusammenziehen. Da am Äquator die Erdoberfläche sich nun alle sechs Stunden um einen rechten Winkel zur Sonne dreht, muß sie im gleichen Wechsel einem Zuge und

weichte Offenheit unabweisbar feststand. Es ist jetzt klar geworden, daß der ursprüngliche Kaffier, somit der Hauptkandidat der Ermordung der dreifach wehrlosen Matrosen, gleichzeitig der Verursacher der Prozeßverschleppung, kein anderer war und ist als Herr Roste, der frühere Reichswehrminister und jetzige Präsident der Provinz Hannover.

Die fluchwürdigen Gesellen

In der letzten Sontagsnummer brachten wir unter der Überschrift „Nur eine Episode“ einen kurzen Artikel über den Osterputz, der von einem Thüringer Funktionär der R. A. P. D. verfaßt war und seine Kunde durch die ganze U. S. P. D.-Presse nahm. Die „Rote Fahne“ hat den Artikel als eine „unabhängige Denunziation“ bezeichnet. Der Verfasser sieht sich daher zu folgender Erwiderung veranlaßt:

„In Nr. 161 der „Roten Fahne“ vom 11. 4. wird unter obigem Titel zu dem Artikel „Nur eine Episode“, der vor einigen Tagen durch die U. S. P.-Presse ging, Stellung genommen, ohne auch nur im geringsten das Wesentliche aus dem Artikel den Genossen der R. A. P. D. zu zeigen. Weil darin die persönliche Beteiligung und der Einfluß einer großen Anzahl zufällig angeworbener Kuffen“ als „unheilvoll und korruptierend für die deutsche Arbeiterbewegung“ allgemein und die Vorgänge in Mitteldeutschland im besonderen bezeichnet wird, schreibt die „Rote Fahne“ über „Denunziantentum“. Als ob nicht jedermann in Deutschland und besonders die Polizei wüßte, daß Kuffen und andere Ausländer sich nicht erst jetzt heute und gestern hier aufhalten, oft mit ganz bestimmten politischen Ansprüchen. Schon durch die zahlreichen Ereignisse in der R. A. P. D. wird dies sofort den Lesenden bekannt.

Im übrigen wird ja alles, was in meinem Artikel gesagt worden ist, glänzend bestätigt durch die weiteren Pressemeldungen und Prozesse aus dem Osterputz, wie besonders durch die Prokläre von Paul Lepi. Ganz bestimmt soll auch hier gesagt sein, daß es nicht ein U. S. P. Mann ist, der den Episode-Artikel geschrieben hat, auch nicht ein „Neu“, sondern ein „Mitkommunist“, der manche bittere Erfahrung, zumal in den letzten Monaten, machen mußte.

Die Herren von der Redaktion der „Roten Fahne“ mögen sich nur noch etwa drei Wochen gebären, bis die Situation in der R. A. P. D. mehr geklärt ist, dann sollen sie auch den Namen erfahren, wonach es scheinbar so sehr geklärt. Bis dahin werden wir jene Kuppelosen und fluchwürdigen Gesellen, die die Ostertragödie heraufbeschworen haben, noch gehörig häupen, so daß es ihnen nicht möglich sein wird noch einmal die Arbeiter in einen solchen Kampf zu führen, wie es Ostern der Fall war und wie sie es nach ihren alternativen Anträgen sofort wieder tun wollen. Die Exekutive hat schon ihr Siegel darunter gesetzt. Eine schöne Kumpel!“

Wir stellen noch einmal fest, daß der Verfasser ein führender Funktionär der R. A. P. D. ist.

Marx Hölz verhaftet?

Wie M. L. B. meldet, soll es der Berliner Polizei in der letzten Nacht gelungen sein, den sogenannten Führer der mitteldeutschen Aufstandsbewegung, Marx Hölz, zu verhaften. Der Verhaftete ist nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Die Polizei scheint sich aber des Janges noch nicht sicher zu sein, denn sie läßt im Anschluß an die Meldung einen Stadtbrief verbreiten und bittet um Mitteilung, ob sich ein Mann, auf den die Personalbeschreibung zutrifft, in den letzten Tagen in Berliner Pensionen oder Hotels aufgehalten habe, und zwar unter dem Namen Fritz Hanne mann.

Hölz ist bekannt geworden durch seine Taten, die er im vorigen Jahre unter kommunistischer Fährte im Vogtland vollbrachte. Damals wurde Hölz von der „Roten Fahne“ ganz energisch abgeschüttelt, als Räuberhauptmann bezeichnet und schließlich sogar aus der Partei ausgeschlossen. Inzwischen hat sich in der R. A. P. D. ein großer Wandel vollzogen. Marx Hölz wurde den mitteldeutschen Arbeitern als „Führer“ aufgezwungen. Unter seinem Befehl wurden die Bankberaubungen, die Geiselnverhaftungen zum Zweck der Erpressung, die maßlosen Requisitionen und die Dynamitantentate ausgeführt.

Die kommunistische Parteiführung scheint die Methoden, die Marx Hölz angewendet hat, für neue Methoden im proletarischen Bestrelungskampf zu halten. Deshalb ist bisher weder die Partei-

zentrale, die „Rote Fahne“ noch irgendein kommunistisches Provinzialblatt von den Bandenstreichen des Hölz abgerückt. Durch diese Verleumdung könnte die ganze Arbeiterbewegung kompromittiert werden, wenn nicht wenigstens die kommunistischen Arbeiter ihren Führern zu verstehen geben würden, daß Hölzerel und soziale Revolution zweiertelei Dinge sind.

Eine Polizeikorrespondenz teilt zu der Verhaftung noch mit: Endlich ist es gelungen, den kommunistischen Führer Marx Hölz hinter Schloß und Riegel zu bringen. Hölz, dessen Beteiligung an den Berliner Dynamitantenanschlägen noch der Auffassung bedarf, war nach der Niederwerfung des Aufsturus in Mitteldeutschland wieder nach Berlin gekommen. Die Kriminalpolizei fand hier seine Spur, und Beamte der Abteilung Ia ermittelten, daß er sich gestern abend in einem Kaffee in der Kankestraße zu Charlottenburg aufhielt. Als sie dort eintrafen, haben sie mit einem Tischler Köhl aus der Beusselstraße, von dem sie wußten, daß er schon früher mit Hölz in Verbindung gestanden hat, und mehreren anderen einen Mann gesehen, der zunächst gar nicht wie Hölz ansah. Er hatte ein glattrasiertes Gesicht und kurz geschütteltes Haar und trug eine Hornbrille. Nur die Gesichtszüge erinnerten an Hölz, der früher einen Vollbart trug. Die Beamten nahmen den Mann beiseite und fragten ihn, wer er sei; er erwiderte, das wußten sie ebensogut wie er, sie müßten doch im Fahndungsblatt nachsehen. Ueberzeugt, Hölz vor sich zu haben, nahmen die Beamten den Mann fest und brachten ihn den Tischler Köhl und die anderen, die sich in dem Kaffee zusammengefunden hatten, mit einem Kaffeewagen nach dem Polizeipräsidium. Hier wird der Verhaftete heute verhört werden.

Haus Doorn und die republikanische Reichsregierung

Die sozusagen republikanische Reichsregierung hat sich gebürtigen geföhlt, sich die Ehre zu geben, der Firma Hohenzollern im Hause Doorn ihr tiefgeföhlttes Beileid zum Tode der Frau von Hohenzollern, ehemals deutsche Kaiserin, mitzuteilen. Während man sonst derartige Kundgebungen mit Hilfe des amtlichen Presseapparates in alle Welt zu posannnen pflegt, hat man diesmal schamhaft den Wortlaut verschwiegen und verschweigt ihn auch auf besondere Anfrage heute noch. Man dürfte wohl Ursache zu diesem Schweigen haben. Aber uns genügt die Feststellung der Tatsache, daß eine angeblich republikanische Regierung sich für verpflichtet hält, dem ehemaligen Kaiser ihr ganz besonderes Mitgeföhlt zum Tode seiner Frau auszusprechen. Anders könnte eine monarchistische Regierung auch nicht handeln.

Belebung des Baumarktes

In der letzten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichswirtschaftsrats stand ein Antrag Wilsell zur Beratung, der eine Abwendung der drohenden Arbeitslosigkeit durch eine mit größter Beschleunigung betriebene großzügige Belebung des Baumarktes verlangt. Als Mittel der Finanzierung sieht der Antrag vor: Eine dem dringendsten Baubedarf entsprechende Heranziehung der Höchstmieten, deren Kapitalisierung durch eine grundsatzmäßige Erlassung des hierdurch entstehenden Wertzuwachses und Ausgabe von Pfandbriefen auf dieser Grundlage zur Deckung des verlorenen Bauauswandes der Neubauten. Obwohl von den Regierungsvertretern erhebliche Einwendungen gegen den Antrag gemacht wurden, glaubte der Ausschuss, den Antrag nicht ohne eingehendere Prüfung erledigen zu sollen, schloß sich aber, da in Anbetracht der Sanitionen und der daraus vielfach entstehenden Zunahme der Arbeitslosigkeit, sofort etwas geschehen soll, dem Entzage des Unterausschusses für Wohn- und Erleungswejen einstimmig an, der lautet:

Die Reichsregierung wird ersucht, im Hinblick auf die Notwendigkeit zur Abwendung der drohenden Arbeitslosigkeit und zur sofortigen Bekämpfung der Wohnungsnot einen Betrag von weiteren drei Milliarden Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen, die nach den Bestimmungen über Reichsdarlehen zu verwenden sind. Die Verzinsungsentlastung dieser Reichsmittel soll durch die hier bereits beschlossene und nötigenfalls an erhebende Wohn- und Gebäudesteuer erreicht werden.

Ueber die Erledigung des Antrages Wilsell wurde einem Antrag Schmeijer gemäß beschloffen:

Die in der Zwischenzeit mit aller Beschleunigung zu erledigenden Maßnahmen zur Belebung der Wohnungsnot sind so zu gestalten, daß ihre Ueberleitung in eine gesetzliche Regelung durchgeführt werden kann, die, wie der Antrag Wilsell es beabsichtigt, zu einer grundsätzlichen und dauernden Lösung der Bau- und Wohnungsfrage geeignet ist.

einem Druck ausgesetzt sein, und die Lusthülle mit ihrer empfindlichen Elastizität wird diese Aenderung der inneren Spannung am besten erkennen lassen. Tatsächlich zeigt das Barometer in den Tropen diesen Wechsel mit solcher Regelmäßigkeit an, daß man die Uhr danach stellen kann. Wie die Hude einer gewaltigen Saug- und Druckpumpe wirkt so die Sonnenschwerkraft täglich zweimal auf die Erde ein und erzeugt fortwährend gewaltige auf- und absteigende Luftströmungen. Indem sich die periodischen Wellungen in bestimmter Richtung aufsummen, können auch Bewegungen der Luft, der Meere, der Erdschichten und des vulkanischen Magmas von längerer Dauer erzeugt werden. Das ganze rhythmisch-pulsierende Leben unseres Erdballes wird so in neuer Weise erklärt, lediglich indem die leeren Räume, durch die Newton seine Kraft zeitlich widerstandslos hindurch wirken ließ, mit anschaulichen Vorstellungen erfüllt werden. Vielleicht stellt die bessere Kenntnis von den Vorgängen im Schwerkraftfeldes uns auch ganz neue Methoden zur Energiegewinnung zur Verfügung, die sich wohl eher als die vielgenannte „Atomzertrümmerung“ praktisch werden nutzbar machen lassen.

Ein merkwürdiges Mißverständnis scheint nun die meteorologische Wissenschaft bisher daran gehindert zu haben, die Ursache der Luftdruckänderungen in der Schwerkraft zu erkennen. Von der Ebbe und Flut des Meeres glaubte man den Satz herleiten zu können, daß bei Schwerkraftswirungen der Einfluß des Mondes stets größer als der der Sonne sei. Die Ebbe und Flut der Luft folgt aber allein der Sonne. Man überließ dabei, daß die Schwerkraft der Sonne bei uns zweihundertmal stärker ist als die des Mondes, und daß außer der Erde und Flut des Meeres, bei der es sich übrigens um eine ziemlich unbedeutende Störung höherer Ordnung handelt, sehr viele Schwerkraftswirungen möglich sind, von denen die inhaltslose Newtonsche Theorie nichts ahnen läßt. In der Abhängigkeit der Luftdruckschwankungen vom Sonnenstande erblickte man daher ganz mit Unrecht einen Beweis dafür, daß lediglich die Sonnenstrahlung, nicht aber die Schwerkraft, auf Wind und Wetter von Einfluß sei.

Von besonderem Interesse ist, daß die neue Erklärung des Wetters genau den Anschauungen entspricht, die Goethe über das „Upphänomen der Meteorologie“, bereits vor mehr als hundert Jahren entwickelt hat. Er hat die Idee, die Luftdruckschwankungen röhren von einem Pulseren der Schwerkraft her, nicht nur in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, sondern auch in seinen Dichtungen vielfach behandelt. In Hauffs „Remolten des Satans“ wird in erdgründiger Weise geschildert, wie Satan mit hochgespannten Erwartungen Goethe auslucht, zu dem er durch den „Jauch“ ja in besonders engen Beziehungen steht, und wie Goethe dann die ganze Zeit über nur vom — Wetter spricht. Von besonderem Interesse ist die Wetterbeobachtung, die Goethe um

Anfang seiner italienischen Reise auf dem Brenner beschreibt und in der es heißt: „Ich glaube nämlich, daß die Masse der Erde überhaupt, und folglich auch besonders ihre hervorragenden Grundfesten, nicht eine beständige, immer gleiche Anziehungskraft ausüben, sondern daß diese Anziehungskraft sich in einem gewissen Pulseren äußert, so daß sie sich durch innere notwendige, vielfach auch äußere zufällige Ursachen bald vermehrt, bald vermindert. Mögen alle anderen Versuche, diese Dilatation darzustellen, zu beschränkt und roh sein, die Atmosphäre ist zart und weit genug, um uns von jenen stillen Wirkungen zu unterrichten.“ Goethe verband mit dem Begriff der Schwerkraft offenbar weit anschaulichere, lebendigere und richtigere Vorstellungen als sein Gegner Newton. Und so mögen diese Ausführungen mit einigen Berlen aus seinen „Jahnen Xenlen“ beschloffen werden, die von dem neuen Standpunkte aus nicht mehr „geheimnisvoll“ erscheinen, sondern die Vorgänge im Schwerkraftfeldes vorzüglich zur Darstellung bringen. Sie lauten (unter „Merkur“ ist darin das Quecksilber des Barometers zu verstehen):

Keine Gluten, keine Meere
Geb ich in dem Innern zu,
Doch allerschwerend waltet Schwere,
Nicht verdammt zu Tod und Ruh.

Dem lebendigen Gott lebendig,
Durch den Geist, der alles regt,
Wehelt sie, nicht unselbändig,
Immer in sich selbst bewegt.

Seht nur hin! Ihr werdet's fassen:
Wenn Merkur sich hebt und neigt,
Wird im Ansehen, im Entlassen
Atmosphäre schwerer und leicht.

Demokraten mit Vorbehalt

Im roten „Tag“, der besser der schwarzweihrote Tag bleibe, hatte der Hamburger Schriftsteller Otto Ernst, den manche für einen deutschen Dichter halten, eine wüste und geschmacklose Schimpferei gegen unsere westlichen Nachbarn losgelassen. Die Franzosen wurden von ihm im allerbesten Strahlen-Jungen-Jargon bald als „Hunde“, bald als „Läuse“, bald als „Säuissen“ und bald als „Schurken“ bezeichnet, ferner als „Schmerzmittelkinder“ und als „Hanowurste“. Dieser Verfasser inniger Familienbyffen bestimmt schließlich: „Der Franzose ist kein Mensch und hat in keiner Lage irgendwelchen Anspruch auf menschliche Behandlung.“

In der „Welt am Montag“ vom 4. April bekam nun dieser wildgemordene „Poet“ eine ganz ausgezeichnete Abwaschung durch Hans W. Fischer. Ueber die große Freude bei der Verleüre

